

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 556

Mittwoch, 16. April 2014

21. Jahrgang

Drogenbanden und -Kartelle in Zentralamerika: Teil I : Die Familie Lorenzana

Der folgende Artikel stellt einen Überblick über die Entwicklung der Aktivitäten im Drogenhandel in Guatemala dar und zwar am konkreten Beispiel der Bande Los Lorenzana, dessen Oberhaupt nun in den USA ein Prozess erwartet. In einem zweiten Teil, der in der nächsten Ausgabe erscheint, wird die strategische Neuverteilung der Einflussgebiete der Drogenkartelle im Zusammenhang mit internationalen politischen Entscheidungen dargestellt. Als Grundlage für den Artikel dienten Pressemitteilungen vom März 2014, ein Artikel aus dem Jahr 2013 von Paris Martínez (<http://www.animalpolitico.com>) und ein weiterer von Julie López (30.4.2011, www.plazapublica.com.gt). Zwei weitere Quellen werden am Ende des Artikels noch erwähnt. Die Informationen in dem Artikel sind sicherlich nicht komplett, geben aber doch einen guten Überblick über das Thema.

Auslieferung an die USA

Einer der meist gesuchten Drogenhändler Guatemalas wurde an die USA ausgeliefert. Gemeint ist Waldemar Lorenzana Lima, alias El Patriarca. Am Dienstag, den 18. März um 21 Uhr 22 stieg er in ein Flugzeug nach New York. Dies geschah aufgrund einer Forderung des Bundesgerichts von Washington DC mit der Begründung, dass Waldemar Lorenzana sich des Verbrechens der Verschwörung zum Drogenhandel in die USA schuldig gemacht habe. Daher waren die USA bemächtigt, seine Auslieferung zu verlangen, und taten es auch. Dieser wurde nach einer Reihe von juristischen Einsprüchen in im August 2012 Guatemala stattgegeben und nach Überprüfungen von Lorenzanas Gesundheitszustand auch ausgeführt. Ermittlungen der USA, genauer gesagt der Antidrogen-Behörde (DEA), identifizierten Lorenzana Lima als den Anführer einer guatemalteckischen Kokain-Schmugglerbande. Zwischen 1999 und 2003 soll Lorenzana zusammen mit seinen Söhnen organisierten, internationalen Drogenhandel betrieben haben. Kokain wurde aus Kolumbien über Zentralamerika und Mexiko bis in die USA geschmuggelt. So unterhielt die Familie Lorenzana u.a. Verbindungen zu dem Guatemalteken Otto Herrera. Dessen Organisation oder Bande Herrera-García „arbeitete“ seit 1990 in dem „Beruf“ und organisierte vor allem den Transport und die Aufbewahrung des Kokains, welches per Luftlinie aus El Salvador oder per Schiff über den Atlantik nach Guatemala kam.

Präsident Otto Pérez Molina erklärte, dass mit der Auslieferung Lorenzanas ein Schritt im Kampf gegen das organisierte Verbrechen und auch gegen den Drogenhandel gelungen sei.

Los Lorenzana – ein Familienunternehmen...

Waldemar Lorenzana Lima ist inzwischen 74 Jahre alt. Er hat seit Jahrzehnten mit Drogen gehandelt, getarnt hinter der Fassade eines Unternehmensnetzes. Die Familie Lorenzana stammt aus Zacapa, von wo aus sie jahrelang ein Netz von Firmen und Personal unterhielt, um Kokain aus Kolumbien zu empfangen und es in die USA weiterzuschicken. Oder aber auch als Bauunternehmer staatliche Aufträge annahm. Die Familie hatte auch ein Transportunternehmen, exportierte Früchte und auch Benzin. So hat er einige Arbeitsplätze in La Reforma, Department Zacapa, geschaffen. Als Chef der Drogenschmuggelbande „Los Lorenzana“, bestehend aus den eigenen Familienmitgliedern, unterhielt Lorenzana Lima zunächst haupt-

Inhaltsverzeichnis

<u>Drogenbanden und -Kartelle in Zentralamerika: Teil I : Die Familie Lorenzana</u>	<u>1</u>
<u>Korruptionsskandal bei INDE</u>	<u>3</u>
<u>Ideen zur Erhöhung der Lizenzgebühren für Bergbauunternehmen und deren Verteilung</u>	<u>4</u>
<u>Präventionssystem über die Osterfeiertage</u>	<u>5</u>
<u>Ein revolutionärer Jesus heute in Guatemala</u>	<u>6</u>
<u>Die monatliche Biopsie von Diana Vazquez</u>	<u>6</u>

sächlich Verbindungen mit dem mexikanischen Kartell von Sinaloa, das kürzlich ebenfalls ihr Oberhaupt an die Polizei verloren hat. Am 22. Februar 2014 wurde Joaquín „el Chapo“ Guzmán verhaftet.

Los Lorenzana schufen aber nicht nur Arbeitsplätze, vielmehr bedienten sie die Lücken, die der Staat nicht füllte: Sie bauten Sportplätze, Schulen und Kliniken (vgl. ¡Fijáte! 442) und gewannen so die Unterstützung der Bevölkerung, deren „Herzen und Gedanken“. Erst als diese Methode allein nicht mehr fruchtete, wurde zur Durchsetzung ihrer Interessen Gewalt angewendet.

Vor Gericht beschrieb sich Lorenzana Senior als ein Exporthändler, der seit 1959 seinem Geschäft nachging. Man kann also ausrechnen, dass er schon mit 19 Jahren in das Geschäft einstieg. Die Staatsanwaltschaft glaubt, dass die Lorenzana seit den 1960er Jahren Kokain über Guatemala in Richtung Mexiko und USA transportierten. Vermutlich lernte El Patriarca die Schmugglerwege kennen, als er vor vielen Jahren Zollbeamter war. Den gleichen Weg beschritt schon Arnoldo Vargas. Er war Bürgermeister von Zacapa und Pionier der Strategie „Herzen und Gedanken“. 1990 wurde er wegen Drogenhandel verhaftet und 1992 an die USA ausgeliefert. Er bekam 30 Jahre Haft.

... mit Problemen

Trotz der negativen Beispiele glaubten die Lorenzana immer, dass sie über ausreichend Augen und Ohren zu ihrem Schutz im Osten und Südosten des Landes verfügten, nämlich in Chiquimula, Zacapa, Jalapa, Izabal und auch in El Progreso, wo El Patriarca verhaftet wurde. Andererseits bedurfte es vier vergeblicher Versuche, um Vater und Söhne Lorenzana zu verhaften – mit Hilfe der US-Antidrogenbehörde (DEA). Dieses Mal - am 27. April 2011 - funktionierte der guatemaltekische Geheimdienst, so Generalstaatsanwältin Paz y Paz und der damalige Innenminister Carlos Menocal. Weder FBI noch DEA waren mit von der Partie, sie halfen lediglich bei den Ermittlungen. Aber es sollte nicht vergessen werden, dass es letztendlich ein Washingtoner Gericht war, das die Verhaftung des Lorenzana im März 2009 forderte. Auch Eliú und Waldemar Lorenzana Córdón, die Kinder des Patriarchen, befinden sich aufgrund ihrer Verbindungen mit der Organisation derzeit im Gefängnis. Die beiden warten allerdings noch auf eine Entscheidung über ihre Auslieferung. Die anderen Geschwister, Ovaldino und Marta Julia wurden 2012 durch die USA offiziell als DrogenhändlerInnen eingestuft, und Haroldo ist weiterhin flüchtig.

Im Dezember 2008 wurde Waldemar Lorenzana schon einmal festgenommen. Ihm wurde illegaler Waffenbesitz vorgeworfen, er wurde dann aber freigelassen. Das ist auf seinen weitreichenden Einfluss auf das Justizsystem und die Regierung zurückzuführen. Die DEA hatte mehrmals vergeblich versucht, andere Anführer der Gruppe zu verhaften. Im April 2010 versuchte das US-Finanzministerium, Waldemar Lorenzana und seine drei Kinder wegen Geldwäsche und ihrer Verbindungen zum Sinaloa-Kartell dingfest zu machen.

Die Lorenzana sind also eine guatemaltekische Familie, die traditionell mit dem Schmuggel von Waren verbunden war und sich mit der Zeit dem lukrativen Geschäft des Drogenhandels zuwandte. Trotz der Verhaftung des Familienpatriarchen vor fast vier Jahren verfügt diese Familie noch immer über Respekt und Unterstützung, hauptsächlich in den östlichen Departements Izabal und Zacapa.

Verhaftung des El Patriarca und Verfall der Lorenzana

Und warum wurde Lorenzana genau zu jenem Zeitpunkt im Jahre 2011 verhaftet? Für die guatemaltekische Regierung war die Verhaftung offenbar wichtig, denn El Patriarca und Söhne standen auf einer US-Liste gesuchter DrogenhändlerInnen. Für Informationen, die zur Verhaftung von Lorenzana Lima führen, wurden 500.000 US-Dollar ausgesetzt, für die der Söhne 200.000. Das gleiche gilt auch für andere Drogenbosse, die den USA teilweise Millionen von Dollar wert waren. Lorenzana stand seit 2010 auf der Liste. Und ein Jahr später wurde er verhaftet. Was diese Liste allerdings wirklich bedeutend macht, ist, dass kein/e US-StaatsbürgerIn Geschäfte mit den auf dieser Liste stehenden Personen machen darf, und dass deren Besitztümer in den USA eingefroren sind.

Nach der Verhaftung verschiedener Capos gewannen die ebenfalls aus Mexiko kommenden Zetas an Macht, während die Sinaloa an Territorium verloren. Dem folgte eine Serie von Morden, die laut damaligem Innenminister, Carlos Menocal, mit den Machtkämpfen unter den neuen kleinen Capos zu tun hatte.

Auch die Lorenzana sind vom „Verfall“ betroffen. Allerdings überleben diejenigen Drogenbanden besser, in denen die Nachfolge nicht ans Blut gebunden ist. Nach den Verhaftungen im Lorenzana-Klan, der seit den 1960er Jahren im Land operiert hat, steht nun eine Neuverteilung der Macht an. Der Untergang der Lorenzana steht kurz bevor, es sei denn, ein Mitglied erscheint, übernimmt die Clanführung und spielt bei den Zetas seine Karten aus.

Die Zetas selbst hatten nie versucht, die Lorenzana auszulöschen. Sie waren vielmehr daran interessiert, ein Gleichgewicht zu erhalten, um von den Aktivitäten und vom „Herzen und Gedanken“-Einfluss der Lorenzana zu profitieren.

Und sie wollen natürlich die Routen, die bisher dem Sinaloa-Kartell gehörten, übernehmen.

Verbrechen ohne Sühne in Guatemala

Nach eigener Einschätzung könne es das Innenministerium inzwischen „mit Verbrechen dieses Kalibers aufnehmen, wie ja die Verhaftungen der Polizei (PNC) und der Staatsanwaltschaft (MP) zeigen.“ Dabei habe es von CICIG gelernt.

Auch die Tatsache, dass die Verhaftung im Wahljahr durchgeführt wurde, trug zu deren Erfolg bei. Die Behörden mussten somit mit keiner kriminellen Struktur Kompromisse eingehen. Die Generalstaatsanwaltschaft geht davon aus, dass die Lorenzana und andere Banden für die Generierung von Gewalt und Korruption des Justizsystems durch Schmiergelder an StaatsanwältInnen, PolitikerInnen und RichterInnen verantwortlich sind. Da das Kokain in die USA geht, existiert ein gemeinsames Interesse zwischen Guatemala und den USA, die Drogenbosse zu verhaften. Die Initiative allerdings ging von den US-Behörden aus. Bleibt die Frage offen, ob man Waldemar Lorenzana auch ohne Einmischung der USA verhaftet hätte. Es ist doch vielsagend, dass Lorenzana, sowie die Drogenbosse Ortiz und Ramirez, seit mehr als einem Jahrzehnt Drogen schmuggelten, aber die Staatsanwaltschaft nichts dagegen getan hatte. Nicht einmal einen Haftbefehl hatte sie ausgestellt.

Anklagen in den USA

Heute wird Waldemar Lorenzana in der Anklageschrift nicht nur des Drogenschmuggels angeklagt, sondern auch des Mordes beschuldigt. Bei Landstreitigkeiten im Jahr 1999 zwischen dem Grossgrundbesitzer Lorenzana und dem Q'eqchi-Gemeindeführer Carlos Coc Rax soll Lorenzana Coc Rax mit Mord gedroht haben. Das berichtete das Menschenrechtszentrum (CALDH). Coc Rax „verschwand“ und ist bis heute nicht mehr „aufgetaucht“. Allerdings exponierte sich Coc Rax auch in dem Konflikt mit der Mine von EXIMBAL in El Estor (s. zuletzt **¡Fijáte!** 474). Des Weiteren beschuldigen die USA Lorenzana der illegalen Einfuhr von Waffen nach Guatemala. Bereits sechs Monate vor Ausstellung des Haftbefehls durch die Ermittlungsbehörden in Washington DC hatte ein Gericht in Nashville, Tennessee, fünf Personen des Ankaufs von Waffen angeklagt, die dann illegal nach Guatemala geschafft werden sollten – und zwar zu den Drogenkartellen der Lorenzana und Mendoza. Laut Anklageschrift tauschte einer der Angeklagten, ein Mann namens Julio César Rojas López, e-mails mit Lorenzana und Mendoza aus, in denen die Modalitäten des Waffenhandels beschrieben werden. Dabei ging es um 23 Waffen. Ein US-Polizist war an dem Deal beteiligt und wurde ebenfalls angeklagt.

US-Unterstützung der Sinaloa

Aber noch während die US-Ermittlungen wegen Waffenschmuggel andauerten, sagte der Sohn eines Drogenbosses der Sinaloa, der selbst wegen Drogenhandels angeklagt ist, in Chicago vor Gericht aus, dass er Verbindungen mit der US-Regierung gehabt hätte und durch das Programm „schnell und wütend“ 2.000 Waffen aus den USA nach Mexiko geliefert bekommen habe. Während also einerseits die US-Migrationsüberwachung (ICE) an den Ermittlungen gegen Waffenschmuggel in Tennessee beteiligt war, so nahm sie gleichzeitig gemeinsam mit der Anti-Drogenbehörde (DEA) und dem FBI an der Aktion „fast and furious“ (benannt nach der Action-Spielfilmreihe) teil, die Waffen ans Sinaloa-Kartell lieferte. Diese können somit auch in Lorenzanas Hände gelangt sein. Damit stand nach Ansicht des Anwaltes des Sinaloa-Mitglieds der Waffenschmuggel unter Verantwortung der USA, da sie ja Verbindungen mit dem Kartell unterhalten hatten. Laut einem Wikipedia-Artikel hatte das Projekt „fast and furious“ eigentlich das Ziel, die Wege des Waffenschmuggels nachzuvollziehen, um damit die Mitglieder der Kartelle verhaften und aburteilen zu können. Offenbar ist dieses Motiv durch andere überlagert worden. So schreibt Brian Anderson in einem Bericht vom 15. Januar 2014, dass das Projekt Teil eines Deals zwischen US-Justiz und DEA mit den Sinaloa war, das das Ziel hatte, erstens einen Waffenstillstand zu schliessen, und zweitens, Informationen über die anderen Drogenkartelle zu erhalten. Die mexikanischen Behörden hätten davon nichts gewusst. Fünf Wochen nach Erscheinen des genannten Artikels wurde der Sinaloa-Boss Joaquín „el Chapo“ Guzmán, von mexikanischen Behörden verhaftet. Das Vorgehen der US-Behörden erscheint damit widersprüchlich.

Weitere Quellen:

http://en.wikipedia.org/wiki/ATF_gunwalking_scandal

<http://motherboard.vice.com/de/blog/der-12-jahre-waehrende-deal-zwischen-us-drogenfahndern-und-dem-am-besten-aufgeruesteten-kartells-mexikos>

Korruptionsskandal bei INDE

Guatemala Stadt, 12. April – Der Minister für Wirtschaft, Sergio de la Torre, sowie der für Energie und Bergbau, Erick Archila, hüllen sich in Schweigen seit skandalöse Unregelmässigkeiten bei einer millionenschweren Auftragsvergabe beim Nationalen Institut für Elektrifizierung (INDE) bekannt wurden und nun eine Strafanzeige vorliegt. Die Zeitschrift La Hora versuchte, die genannten Minister auf ihre diesbezüglich unterschiedlichen Positionen anzusprechen, aber trotz mehrerer Anrufe gab es keine Antwort. Gleiches gilt für die Pressestelle von INDE, die lediglich erklärte, es gebe keine Stellungnahme. Eine angekündigte Pressekonferenz wurde abgesagt.

Der Vorstand der INDE hatte im Eilverfahren der Vergabe an die brasilianische Firma INTERTECHNE zugestimmt für

eine Machbarkeitsstudie zum Bauvorhaben des Wasserkraftwerks Xalalá mit einem Volumen von 44,4 Mio. Quetzales (ca. 4,1 Mio. Euro). Wirtschaftsminister De la Torre hatte als Mitglied des Vorstandes der INDE dagegen gestimmt, dieses Projekt als dringend zu klassifizieren und den Auftrag an INTERTECHNE zu vergeben, während Minister Árchila jeweils dafür stimmte.

Von Unregelmäßigkeiten bei der Auftragsvergabe sprach der Oberste Rechnungshof in einer Anzeige, die sich gegen 12 DirektorInnen der INDE, inklusive Minister Archila sowie gegen die Leiterin des Planungssekretariats des Präsidialamtes (SEGEPLAN), Ekaterina Parrilla, richtet. Nach Einschätzung des Rechnungshofes war das Verfahren der Auftragsvergabe nicht transparent und verletzte sowohl die internen Regeln des Instituts als auch das Gesetz über die staatliche Auftragsvergaben. Staatspräsident, Otto Pérez Molina, räumte ein, dass es wohl einige Unregelmäßigkeiten gegeben habe und ordnete an, dass die präsidiale Kommission für Transparenz die Vorgänge untersuchen solle. Er forderte den Rücktritt des Schatzmeisters vom INDE, Mariano Boer. (LH)

Ideen zur Erhöhung der Lizenzgebühren für Bergbauunternehmen und deren Verteilung

Guatemala-Stadt, 12. April – Das Bergbauministerium (MEM) sieht als Teil seiner Reformen des Bergbaugesetzes eine Anhebung der Lizenzgebühren der Bergbauunternehmen an den Staat vor – und zwar von einem auf fünf Prozent seiner Einnahmen. Laut Ministerium liege diese Prozentzahl im Rahmen des üblichen Niveaus in Lateinamerika.

Die Versprechen

Allerdings hatte Präsident Otto Pérez Molina in seinem Präsidentschaftswahlkampf, z.B. auf einem Forum der Vereinigung der GeschäftsführerInnen Guatemalas am 22. August 2011, noch angekündigt, dass der Staat „mindestens 40 Prozent“ von den Bergbauunternehmen erhalten würde. Während seiner Amtszeit hat er jedoch bisher nur erreicht, dass die Unternehmen „freiwillig“ eine höhere Summe an den Staat zahlen als derzeit in dem Bergbaugesetz festgesetzt ist, eben jene fünf Prozent, die jetzt in das Reformgesetz hineingeschrieben werden sollen.

Die Argumentation des MEM

Für Fernando Castellanos, den für den Bergbau zuständigen Staatssekretär im MEM, sei dieser Teil des Gesetzentwurfes aufgrund der Analyse von entsprechenden Regelungen in anderen lateinamerikanischen Staaten zustande gekommen. Fünf Prozent sei das übliche Niveau, in Mexiko gebe es diese Zahlungen überhaupt nicht, Firmen, die Edelmetalle ausbeuteten, zahlten vier Prozent, Firmen, die Rohmetalle ausbeuten, drei Prozent, und jene, die andere nicht-metallische Materialien ausbeuten, einen Prozent.

Mehr Geld für Kommunen?

Prensa Libre zitiert den Präsidenten der Vereinigung der Kreise (ANAM), Isaías Martínez, der sich wünscht, dass auch die Kommunen von der Gebührenerhöhung profitieren würden. Bislang sei weder das Ministerium, noch die Abgeordneten des Kongresses mit ihnen in Kontakt getreten, um mit ihnen den Gesetzentwurf zu diskutieren. In den vergangenen Jahren war es so, dass ein halbes Prozent an den Nationalstaat und das andere halbe Prozent an die Kommunen, in denen die Unternehmen tätig sind, abgeführt wurde.

Auch Goldcorp & Co finden eine Erhöhung gut

Mario Marroquín, Geschäftsführer von Goldcorp Guatemala, erklärte, er sei mit den Überlegungen des Ministeriums einverstanden und meinte, dass Runde Tische auf kommunaler Ebene sehr wertvoll sein würden. Auch die Verbände der Bergbauunternehmen stimmten einer Erhöhung der Lizenzgebühren für die Ausbeutung der Metalle und Edelsteine zu.

Der Kongress

Christian Boussinot, Abgeordneter der Fraktion Todos und Mitglied des Bergbau-Ausschusses, und sein Ausschuss-Kollege, Carlos Martínez, schlossen nicht aus, dass kommunale Runde Tische eingerichtet werden könnten, um einen Konsens über den Entwurf zu erzielen. Das werde zwar Monate dauern und das Thema sei drängend, aber zugleich müsse aufgepasst werden, dass nichts Nachteiliges für die Zukunft beschlossen werde.

Fonds gründen

Der Entwurf sieht jedoch nicht nur die Erhöhung der Lizenzgebühren vor. Das Ministerium möchte ein Bergbau-Fonds gründen, der die Ressourcen zwischen den Kommunen, in denen die Bergbauprojekte durchgeführt werden, und dem Staat bzw. dem Bergbau- und Umweltministerien aufgeteilt werden.

Zudem gibt es die Anregung, dass die Kreise den aus den Gebühren gespeisten Fonds nutzen könnten für den Bau von

Wasserprojekten, Kanalisation oder andere Infrastrukturprojekte zum Wohle der EinwohnerInnen.

Die letzte Idee fand die Zustimmung von Isaías Martínez zum einen, weil diese eine Institutionalisierung der Mittelvergabe beinhalten würde, zum anderen, weil damit Umweltprojekte und Verbesserungen der Lebensverhältnisse der BürgerInnen durchgeführt werden könnten. Der Kongressabgeordnete Boussinot stimmte dem Vorgehen grundsätzlich zu, war aber vorsichtig in Bezug auf den zweiten Vorschlag. Sofern diese tatsächlich dem Lande dienen, sollte dieser Änderungsantrag in Erwägung gezogen werden.

Der Änderungsantrag im Einzelnen

Das MEM schlägt zunächst eine Änderung der Artikel 63 und 64 des Bergbaugesetzes vor, welche die Höhe der Lizenzgebühren regelt. Dabei werde der Bergbau-Fonds in Artikel 63 eingeführt. Im Einzelnen sollen die Kreise, in denen der Bergbau stattfindet, 35 % der Mittel erhalten, 20 % zu je gleichen Teilen an die Gemeinden der Departments, 40 % gehen in einen allgemeinen 'Topf', 3 % an das MEM und 2 % an das Umweltministerium. Beim Bergbau zur Herstellung von Baumaterialien [z.B. Zement, d. Red.] gehen 100 % der Gebühren an die Kommunen. Im geänderten Artikel 64 des Gesetzentwurfes würden im Unterkapitel „Bestimmungsort und Transparenz“ die Kreise als Nutzniesser der Mittel definiert. Verwendungszwecke seien der Aufbau von Zugängen zu Wasser, Umwelt- und Hygiene, Gesundheitsleistungen und Infrastruktur. (LH/PL)

Präventionssystem über die Osterfeiertage

Guatemala, 14. April – Bereits seit über zehn Jahren hat der guatemalteckische Staat ein nationales Präventionssystem für die Osterfeiertage (Sinaprese) eingeführt. Was ist darunter zu verstehen?

Sinaprese ist der Versuch, verschiedene Institutionen, wie die Polizei und Verkehrssicherheitseinheiten, Feuerwehr, Militär und Hilfsverbände zu koordinieren, damit all diese bestens auf eventuelle Ereignisse und Notfälle in den Erholungsgebieten sowie Strassen und den wichtigsten Routen der Osterprozessionen reagieren können.

Darüber hinaus aber wurden an insgesamt 12 wichtigen Verkehrsknotenpunkten Standorte eingerichtet, an denen Katastrophenhelfer, Polizei, Militär, Freiwillige Feuerwehr, der Tourismusverband und andere Hilfs- und Sicherheitsorganisationen gemeinsam präsent sind, um in Notfällen zu helfen.

Präsident Otto Pérez Molina begann in Palín (Escuintla), das zwischen Amatitlán und Escuintla liegt, mit dem Besuch einiger dieser Standorte. Die anderen Orte sind Puerto San José (Escuintla), Los Encuentros (Sololá), El Zarco (Retalhuleu), an der Straße von Quetzaltenango nach Champerico, Sanarate (El Progreso), Morales/La Ruidosa (Izabal), El Remate (Peten), der Kreuzung, an der es in Richtung Norden nach Tikal geht, und in Richtung Osten nach Melchor de Méndez und an die Grenze von Belize, San Lucas (Sacatepéquez), westlich von Mixco/Guatemala-Stadt, Los Esclavos (Santa Rosa), El Garrobo (Jutiapa) nahe der dortigen Pazifikküste, La Delicia (Quetzaltenango), nahe Coatepeque, und Rio Hondo (Zacapa).

Weiterhin gibt es laut Prensa Libre 48 Registrierungs- und 79 Kontrollposten von Polizei und Militär, um an wichtigen Verkehrspunkten die Sicherheit auf den Straßen zu überwachen. Es gebe auch Kampagnen zum Verkehrsschutz, etwa zum Anschnallen oder gegen das Fahren nach Alkoholkonsum mit dem Slogan: „Vivo Te Quiero“ („Lebend möchte ich Dich!“).

Hintergrund dieser Massnahmen laut Prensa Libre ist, dass über die Osterfeiertage die längste Ferienzeit in Guatemala ist und alleine 1,9 Millionen GuatemaltekinInnen sich an den Stränden des Landes tummeln, davon alleine 1,5 Millionen in Puerto San José, Escuintla. Auch die Zahl der TouristInnen steige nach Angaben der INGUAT (Nationales Tourismus-Institut) in dieser Zeit an.

Zugleich sei die Ferienzeit auch mit erhöhten Gewaltzahlen verbunden. So gab es im vergangenen Jahr 95 Morde während der „Semana Santa“ (Karwoche) und 59 Menschen starben durch Unfälle. 270 Personen wurden durch Gewalteinwirkung oder Unfall verletzt. (SV, PL, Homepage von CONRED)

Ein revolutionärer Jesus heute in Guatemala

Von **Zaira Lainez Carrasco (10. April)**

Die Osterzeit kommt und überall gibt es religiöse Gedanken und Botschaften. Ich frage mich dabei, wie es kommt, dass in einem Land, in dem die Religion so viel mehr geschätzt wird als vieles andere und in dem sich so viele Menschen als ChristInnen – katholische oder evangelische – bezeichnen, wie es also in solch einem Land so viel Armut, Ungleichheit, Ungerechtigkeit, Rassismus, Diskriminierung, Machismo, Gleichgültigkeit, Gewalt, Straffreiheit, Korruption usw. gibt.

Häufig versuche ich, diese religiösen und moralisierenden Diskurse zu meiden, da sie so leer sind und so ohne Bezug zur Realität. Die Riten sind voller Bitten, Gebete, Gesänge, Lesungen; in dieser Zeit werden die Traditionen der Epoche betont, die Busse, das Fasten und all das. Aber wie spiegelt sich diese Zuwendung, die Gott und der Kirche gegeben wird, in der Gesellschaft wieder?

Ich glaube, dass, wenn diese christlichen Menschen wirklich diese Person Jesus, der sie doch folgen wollen, kennen und verinnerlichen würden, würden sie ein grosses Beispiel geben und es gäbe eine andere Realität in Guatemala.

Mehr als an diesen wundersamen und spirituellen Jesus möchte ich gerne an jenen aus Fleisch und Blut glauben. Jener, der in einem Stall geboren wurde, in welchem das Viehfutter gelagert wird, und der nackt, gedemütigt und zurückgelassen starb; da gibt es keinen Luxus und keinen Dünkel.

Ich glaube nicht an jenen Jesus, der Wasser zu Wein gemacht, Brot vermehrt, die Kranken geheilt haben oder auf dem Wasser gelaufen sein soll. Ich glaube an jenen Jesus, der eine historische Figur war und der gegen den damaligen Status Quo gekämpft hat, der wie der heutige ist, in dem die Mächtigen tun und lassen, was sie wollen.

Ich glaube an diesen Jesus, der in seiner Epoche ein Revolutionär war. Warum das? Weil er das System offen gelegt hat, seine Ungerechtigkeiten benannt hat, die Gesetze gebrochen hat, die Menschen unterdrücken, der die in dieser Gesellschaft „Unerwünschten“ begleitete und mit ihnen lebte: die Frauen, die Prostituierten, die Kranken, die Fremden. Einige Studien zum Thema betonen die zentrale Rolle der Befreiung der Frau im Evangelium; Jesus habe sie als Subjekte anerkannt und nicht als Objekte angesehen.

Ich bin sicher, dass, wenn Jesus heute in Guatemala lebte, wäre er nicht Teil der privilegierten und mächtigen Schicht. Er wäre ein Maya-Kind in einem Dorf auf dem Lande. Ich bin sicher, die Ungerechtigkeiten würden ihn schmerzen, weil sie gegen die Würde eines jeden Menschen gerichtet sind. Der Krieg würde ihn geschmerzt haben und das, was von ihm geblieben ist (die Straffreiheit, das Vergessen); die Ausbeutung der ArbeiterInnen und der Kinder, die lächerlichen Löhne, das fehlende Land, die fehlende Wohnungen, die fehlende Nahrung für Millionen, der mangelnde Respekt gegenüber der Kultur und Kosmvision der Maya, die Verfolgung jener, die auf die Ungerechtigkeiten hinweisen und ihr Leben verteidigen, diese irrationale Ausbeutung der Mutter Natur zur Bereicherung von Wenigen.

Angesichts dieser Realität würde Jesus nicht nur seine Augen öffnen, sondern er würde sie gedanklich auseinander nehmen und handeln, um sie zu verändern (sehen, urteilen, handeln). Er würde nicht in Gebeten und Bussritualen verharren. Ich bin sicher, dass, wenn Jesus in diesem Moment in Guatemala lebte, er als Terrorist, Krimineller, Unruhestifter, Faulenzer, Kommunist und extremer Linker abgestempelt werden würde. Wahrscheinlich würden sie ihn steckbrieflich suchen lassen und nach seinem Leben trachten.

Wenn die ChristInnen heute die wahre Essenz dieses Christus erkennen würden, wüssten sie, die Ungerechtigkeiten anzuklagen und gegen dieses System, das die Mehrheiten bestraft, zu kämpfen. Es geht nicht um Kommunisten oder Terroristen, es ist eine Frage der Nächstenliebe, die sich ausdrückt in Gerechtigkeit und Solidarität, also um weit mehr als nur um Zärtlichkeit. Und daher frage ich mich immer wieder: Was tun diese ChristInnen, um diese ungerechte Realität dieses Land zu verändern?

<http://www.plazapublica.com.gt/content/un-jesus-revolucionario-hoy-en-guatemala>

Die monatliche Biopsie von Diana Vazquez:

Die Täler der Gerechtigkeit

Die demokratische Entwicklung und die Verteilung der Gerechtigkeit in Guatemala kann man mit einer Reise durch beeindruckende Täler vergleichen: man läuft auf schmalen Pfaden und immer am Rande des Abgrunds. Man kommt nur langsam voran zwischen den Staubwolken oder den Schlammflöchern, je nach Jahreszeit.

Der Weg in Richtung Demokratie war qualvoll, egal von welcher Seite man es betrachtet. Bis zum heutigen Datum ging es immer darum, die Ideologien (rechte und linke) aufrecht zu erhalten oder wieder zu beleben. Ideologien, die vielleicht niemals wirklich verstanden worden waren. Die Konsequenz daraus war die Marginalisierung grosser Teile der Bevölkerung, von Armut bedroht und inmitten des Versuchs, zwischen Ungerechtigkeit, Gewalt und Drogenhandel zu überleben. Das Gesetz selbst scheint eine exotische Landschaft zu sein, unerforscht und unzugänglich. Nur ein kleiner Elitesektor (Anwälte und Anwältinnen) scheint es zu kennen und zum Wohl des oder der Meistbietenden zu verdrehen: der oder die Meistbietende, erhält das Recht zugesprochen. Obwohl es Ausgebildete und Gelehrte des Rechts gibt, die sich ihrer sozialen Ver-

antwortung bewusst sind und es als eine ihrer Aufgaben verstehen, die menschliche Würde zu wahren, bereichern sich in Guatemala viele AnwältInnen auf Kosten ihres Klientels. Dabei ist es egal, ob sie nun von der Armut und der Bedürftigkeit ihrer KlientInnen profitieren oder von deren durch Korruption gewonnene Millionen von Quetzales.

Im Februar diesen Jahres belegte der Bericht über Menschenrechte des State Departements der USA, dass es in Guatemala keine Garantie gäbe, dass schwere Verbrechen bestraft würden. Der Bericht bestätigt, dass „die Korruption, die Straffreiheit und die Gewalt in Zentralamerika allgegenwärtig sind und dass im Fall Guatemala eine institutionelle Korruption existiert, vor allem bei der Polizei und im Justizwesen“. Diese „allgemeine institutionalisierte Korruption“, von der die USA sprechen, ist eine Korruption, die die guatemalteckische Gesellschaft als normal empfindet. Es ist normal, dass man den Behörden nicht vertrauen kann. Die Vetternwirtschaft ist zur Norm geworden, wie auch die Fälle von Geldwäsche von Staatsgeldern zeigen, begangen von BürgermeisterInnen oder von kriminellen Banden, die aus Polizei-beamtInnen oder SoldatInnen bestehen. Es ist normal, dass die Arbeiten des Staates an der Infrastruktur unzulänglich und mittelmässig sind. Die Gewalt in all ihren Formen ist ebenso normal, vor allem gegenüber Frauen und Kindern. Lynchmorde, die dazu dienen, selbst Justiz zu üben, sind an der Tagesordnung, da die Behörden keine ausreichenden Antworten geben, obwohl ihnen die Aufgabe zufällt, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen.

Die spröde gewordene Institutionalisierung hat wenig zu bieten ausser einer Propaganda, die sie entkräftet und minimiert und im kollektivem Bewusstsein die Idee verbreitet, „dass das Private und das Unternehmertum besser ist als das Staatliche“. Damit wird dem Staat seine angeborene Schutzfunktion geraubt und gleichzeitig verhindert, dass die Nation zusammenbricht. Ein Gericht darf kein Markt sein, in dem man um den Preis des Gesetzes feilscht. Es sollte eine Fes-tung sein, in der man um das Allgemeinwohl debattiert und nicht zum Nutzen politischer Parteien, einflussreicher Grup-pen oder Angeklagter, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht stehen und die die Justizangestellten kaufen oder bedrohen können, wie es ihnen gefällt.

Die Gerechtigkeit in Guatemala ist wie ein kurvenreicher Weg durch tiefe Täler. Trampelpfade, ausgetreten von vielen Personen und sozialen Gruppen, die täglich dafür kämpfen, dass das Recht alle Menschen gleich behandelt und es ihnen unverzüglich gewährt wird, schlängeln sich durch die Abgründe der Korruption. Die Berufungskommission für die Lei-terIn der Generalstaatsanwaltschaft (Gesetzesdekret 19-2009) wurde offiziell durch den Kongress in Guatemala einge-führt. Es sollte ein Mittel sein, welches garantiert, dass transparente Wahlen durchgeführt werden für die Besetzung öf-fentlicher Ämter von eminenter Wichtigkeit. Die ideale Person soll gefunden werden, egal, ob es nun um Richter-Innen, GeneralstaatsanwältInnen, SuperintendentInnen oder um die/den Menschenrechtsombudsmann/frau geht. In diesem Jahr werden wieder die Vorsitzenden vieler Ämter neu gewählt werden. Und wieder scheint es, dass die KandidatInnen-liste durch vielfältige Einflussnahme manipuliert wird.

Die Unabhängigkeit der Behörden ist auch dieses Mal wieder nur schöne Theorie. Das Bedauernde dabei ist, dass die Gesetze uns alle betreffen, aber wir kennen sie nicht alle oder fordern nicht deren Anwendung ein. Viele von uns sind sich nicht bewusst, welche Auswirkungen diese Wahlkommissionen auf unser tägliches Leben haben werden.

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg
Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6